

12227/AB
vom 19.06.2017 zu 12755/J (XXV.GP)

 **EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES**
 BUNDESMINISTERIUM
 REPUBLIK ÖSTERREICH

SEBASTIAN KURZ
 BUNDESMINISTER

Frau
 Präsidentin des Nationalrates
 Doris BURES
 Parlament
 1017 Wien

19. Juni 2017

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0075-VI.A/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Helene Jarmer, Kolleginnen und Kollegen haben am 19. April 2017 unter der Zl. 12755/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Herstellung der Barrierefreiheit nach § 8 Abs. 2 Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4 und 10:

Da jedes Ressort für die Umsetzung von baulichen Barrierefreiheitsmaßnahmen im eigenen Bereich verantwortlich ist und dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) hier keine koordinierende Kompetenz zukommt, kann die Frage nach einer Gesamtübersicht der Etappenpläne und Teiletappenpläne der Bundesbauten bzw. einer gesamthaften Darstellung der Fristerstreckungen bis 31. Dezember 2019 nur für den Wirkungsbereich des BMEIA beantwortet werden.

Durch die Änderungen des Wirkungsbereichs des BMEIA gemäß Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 (BGBl. I Nr. 11/2014) ergab sich im BMEIA in Bezug auf die Barrierefreiheitsmaßnahmen kein Anpassungsbedarf. In Entsprechung § 8 Abs. 2 Bundesgesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz - BGStG) zur Einbindung und Anhörung der Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation ist die nächste Abstimmung für Mitte 2017 vorgesehen.

Weiters verweise ich auch auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 7398/J-NR/2011 vom 18. Jänner 2011 durch meinen Amtsvorgänger.

./2

Zu den Fragen 5 bis 9:

Für die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Behinderung (NAP Behinderung) sind keine zusätzlichen Mittel im Budget vorgesehen. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10080/J-NR/2016 vom 19. August 2016 durch den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Neben den bis zum Jahr 2015 bereits gesetzten Maßnahmen zum Abbau baulicher Barrieren wurden ab 2015 nachstehende Prioritäten gesetzt:

- Verbesserung der Akustik und Anschaffung von mehreren Sprechstellen sowie Sprechstellen für Rollstuhlfahrer im Bereich des Legalisierungsbüros und des Kurierdienstes.
- Verbesserung der Akustik an den Schaltern sowie Einziehen von Induktionsschleifen und Austausch von Mikrofonen und Lautsprechern in diesen Bereichen.
- Änderung der Öffnungsrichtung von Türen.
- Verbesserung der Einrichtung und Möblierung von Wartebereichen sowie Optimierung der Akustik.
- Änderung der Liftsteuerungen und Installation von Liftansagen in den Aufzügen.

Sebastian Kurz

